



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Berufliche Bildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die berufliche Bildung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des Bildungssystems. Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsoberschule, Fachoberschule, berufliches Gymnasium und Fachschule stehen gleichwertig neben den Bildungsinstitutionen des allgemeinen Bildungssystems. Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungssystems können alle formalen Abschlüsse des allgemein bildenden Schulsystems und zusätzlich den Einstieg in die Beruflichkeit erreichen. Besonders die duale Berufsausbildung trägt maßgeblich dazu bei, Berufsfähigkeit zu fördern, Beschäftigung zu sichern und den Fachkräftemangel zu beheben.

Berufliche Bildung darf keine Einbahnstraße sein und schließt nicht mit einem ersten Abschluss ab. Vielmehr muss die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung bis hin zu akademischen Bildungsgängen gewährleistet sein. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Initiativen der Landesregierung zur Öffnung des allgemeinen Hochschulzugangs für Meister und Fachschulabsolventen wie sie im Hochschulgesetz verankert wurde.

Er fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Vereinheitlichung der Abschlüsse zum Meister und zum Bachelor Professional einzusetzen um eine vor allem international verständliche Bezeichnung für die Leistung dieser Gruppe einzuführen.

Der Landtag begrüßt die Anerkennung des Bachelor-Abschlusses für Absolventen der Berufsakademien. Er spricht sich für eine Erweiterung des Angebotes der dualen Ausbildung (Ausbildung/ Berufsschule/Fachhochschule) und die Erweiterung der dualen akademischen Bildungsgänge aus.

II. Der Wert der dualen Berufsausbildung ist in Deutschland und Europa unbestritten. Wo eine duale Ausbildung aber aufgrund fehlender Ausbildungsplätze nicht möglich ist, müssen andere Regelungen gefunden werden und v. a. eine Doppelung der Ausbildungselemente vermieden werden. Der Landtag fordert die Regierungen auf Bundes- und Landesebene auf, zur Verkürzung der Gesamtausbildungszeit beizutragen durch Anerkennungsregelungen zwischen vollzeitschulischer Ausbildung und dualer Berufsausbildung. Voraussetzung dafür ist auch eine Evaluation vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge hinsichtlich der Erfordernisse des Arbeitsmarktes.

Der Landtag fordert Landes- und Bundesregierung auf, sich entschieden gegen die Zersplitterung und Überspezialisierung der Ausbildungsberufe zu stellen, um Jugendlichen und Erwachsenen eine solide Grundausbildung in einem Berufsfeld zu gewährleisten, die ihnen ermöglicht, auch später noch mit entsprechender Fortbildung in andere als den zuerst gewählten Beruf einzusteigen.

Er fordert Landes- und Bundesregierung auf, gerade für leistungsschwächere Gruppen die gestuften Ausbildungsgänge zu erweitern und die Anzahl der 2-jährigen Ausbildungsgänge innerhalb der regulären Berufe dort zu erhöhen, wo es eine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gibt. Eine spätere Weiterqualifikation (gestufte Ausbildung) muss möglich sein.

III. Der Landtag begrüßt die Bemühungen der Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Bildung sowie die Anstrengungen der Arbeitsagentur und der Wirtschaft zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeitswelt. Er unterstützt jedoch alle Akteure in der Berufsvorbereitung bei der Weiterentwicklung gemeinsamer Konzepte, auch unter regionalen Gesichtspunkten, um die erheblichen Finanzmittel effizienter einzusetzen und auch mithilfe von Bundesmitteln zu verstärken.

IV. Maßgeblich für die Qualität der beruflichen Ausbildung sind die in der Ausbildung engagierten Betriebe und engagierte Lehrerinnen und Lehrer.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den absehbaren Nachwuchsmangel an Berufsschullehrern, v. a. in den besonders betroffenen Fächern wie Elektro- u. Metalltechnik dadurch zu begegnen, dass

- für Quereinsteiger in den Vorbereitungsdienst ein Traineeprogramm entwickelt wird.
- für Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf die Möglichkeiten des TVÖD optimal ausgeschöpft werden,
- die Kapazitätsverordnung im Berufsschulbereich für Mangelfächer zu überprüfen ist.
- die Einstellungstermine flexibel gehandhabt werden,
- feste Zusagen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis, vorbehaltlich der Eignung für den Lehrerberuf getätigt werden,
- für den Lehrerberuf an beruflichen Schulen bereits in der Schulzeit geworben wird,
- verstärkt Fachhochschulabsolventen in Mangelfachrichtungen für die beruflichen Schulen durch ein gesondertes Qualifizierungsprogramm angeworben werden können-
- Fort- und Weiterbildung in ausreichendem Umfang vom IQSH sichergestellt wird und daneben fachliche Weiterbildung außerhalb des IQSH finanziell unterstützt wird.
- die Qualität der beruflichen Lehrerbildungsgänge in Flensburg verbessert und die Quantität gesteigert werden-

V. Der Landtag fordert Landes- und Bundesregierung auf, den Wert der Bildungsgänge des Berufsbildenden Schulsystems im beabsichtigten Nationalen Qualifikationsrahmen so zu positionieren, dass das hohe Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler in diesen Bildungsgängen entsprechende Berücksichtigung findet.

Sylvia Eisenberg
und Fraktion

Dr. Henning Höppner
und Fraktion